

OFFSHORING (I) Der Job-Export zerstört die Innovationskraft ganzer Volkswirtschaften“

[Freitag 47, 25.11.05](#)

Ein Hinweis mit einem längeren Kommentar: Der Beitrag von Wolfgang Müller im FREITAG ist ein gutes Beispiel dafür, zu welchen Fehlschlüssen es führen kann, pars pro toto zu nehmen (also vom Teil auf das Ganze zu schließen). (KR/AM)

“Seit über zwei Jahren gehört in Deutschland auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen qualifizierter Fachkräfte in Niedriglohnländer zum Standardrepertoire großer Unternehmen.“ Das meint Wolfgang Müller. (Im folgenden sind Zitate aus seinem Beitrag im „Freitag“ immer in „.....“ gesetzt, unser Kommentar ohne An- und Abführung)

Dieser Trend ist tatsächlich schon viel älter, findet aus verschiedenen Gründen jedoch erst jetzt die Aufmerksamkeit der Medien. Der Automobilzulieferer Bosch etwa betreibt schon seit Anfang der Neunziger in Brasilien ein Entwicklungszentrum. Warum versucht der Autor den Eindruck zu erwecken, wir hätten es mit einem völlig neuen Phänomen zu tun?

Er starrt offenbar nur erschrocken auf die Symptome, statt deren Ursachen zu analysieren. Als Beauftragter der IG Metall für Siemens und die IT-Branche ist er natürlich gerade in jüngster Zeit erheblichem Druck durch Verlagerungsdrohungen ausgesetzt. Auch die IT-Unternehmen nutzen die starke Verhandlungsposition, die sich aus dem Ungleichgewicht des Arbeitsmarkts in Deutschland ergibt, gnadenlos aus. Darin aber einen „Exodus von Kernkompetenzen der Unternehmen wie Forschung und Entwicklung“ erkennen zu wollen, ist u.E. eine Übertreibung.

Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten, denen ein in der IT-Branche tätiger Gewerkschafter zur Zeit ausgesetzt ist, darf dies nicht den Blick für die grundsätzlichen Zusammenhänge trüben. Tatsächlich stehen ausnahmslos alle „Commodities“ (austauschbare Handelswaren) im grenzüberschreitenden Wettbewerb. Dass auch qualifiziertere Dienstleistungen davon betroffen sein können, ist für die Betroffenen eine neue und zuweilen bittere Erfahrung – aber es war nicht zu erwarten, dass sie dauerhaft ausgenommen bleiben.

Übertreibungen und die Warnung vor dem „Big Bang“ helfen nicht; es kommt darauf an zu erkennen, welche Dienstleistungen von Verlagerungen betroffen sein werden und was man – vor allem auf gesamtwirtschaftlicher Ebene – tun kann, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und andere zu halten.

“Völlig in diesem Trend hat der Siemens-Konzern ganze Produktionssparten in Niedriglohnländer (zum Beispiel die Handy-Fertigung nach Ungarn oder Siemens VDO Würzburg nach Tschechien) ausgelagert und bereitet Vergleichbares bei Dienstleistungen wie Einkauf, Buchhaltung und Personaldiensten vor.“

Ist das nicht sachlich falsch? Die Handyfertigung von SIEMENS wurde doch verkauft statt von Siemens verlagert, und zu SIEMENS VDO in Würzburg stand im [Handelsblatt](#) am 10. Juni 2005 zu lesen:

“Mit dem Papier ist der Standort Würzburg endgültig gesichert. Siemens VDO hatte erwogen, große Teile der Produktion nach Tschechien zu verlagern. Ende April hatte der Konzern dann eingelenkt und das Weiterbestehen des Standorts zugesagt.”

Ein Anruf beim Betriebsrat von VDO in Würzburg genügt, um zu klären, dass der Autor des „Freitag“ nicht richtig liegt.

Nicht nur die Argumentation, auch die Beispiele des Autors sind wenig überzeugend.

“Ist Widerstand dagegen überhaupt möglich und sinnvoll, wenn diese Entwicklung ein ebenso zwangsläufiger Prozess ist wie der Niedergang ganzer Industrien in den USA, Kanada, Westeuropa oder Japan (Kohle und Stahl, Maschinenbau) während der vergangenen 30 Jahre?”

Was mag den Autor bewogen haben, Kohle und Maschinenbau in einem Atemzug zu nennen? Die Kohleförderung geht zurück, während der Maschinenbau floriert – wo ist da der Zusammenhang? Warum erwähnt er als Beispiele für einen angeblich zwangsläufigen Niedergang von Industrien wie dem Maschinenbau ausgerechnet Japan und Westeuropa, wozu ja auch Deutschland gehört – zwei Länder, in denen diese Branchen weltweite Spitzenpositionen einnehmen? Der Welthandelsanteil des deutschen Maschinenbaus hat in den letzten Jahren noch einmal zugenommen und jetzt fast 20% erreicht. Jede fünfte Maschine – in Geld gerechnet –, die auf der Welt gehandelt wird, kommt aus Deutschland. Vom Niedergang dieser Industrie kann man allen Ernstes nicht sprechen. Wie ernst sind die anderen Behauptungen des Autors zu nehmen, wenn er sich hier so vertut?

Auch die Lage der Stahlindustrie ist je nach Land höchst unterschiedlich und zuweilen bemerkenswert gut.

Und wie der Niedergang in den vom Autor selbst gewählten Beispielen nicht zwangsläufig ist, sondern sich oft gar nicht ereignete, so falsch ist die Vorstellung einer unabwendbaren Verlagerung ganzer Branchen und so irreführend diese Art der Fragestellung nach Sinn und Möglichkeit von „Widerstand“.

Wie wenig überzeugend es ist, aus Einzelfällen einen zwangsläufigen, allgemeinen Trend zur Verlagerung von Entwicklungsabteilungen in Billiglohnländer zu extrapolieren, mag eine beispielhafte und zufällig zusammengestellte Liste von Gegenbeispielen verdeutlichen:

- GENERAL ELECTRIC errichtete ein neues Forschungszentrum in Deutschland, und zwar am Hochlohnstandort München.

- SIEMENS VDO legte 2005 (!) den Grundstein für das neue Entwicklungszentrum in Regensburg (Quelle: donau.de)
- Die RÜCKER AG (ein Entwicklungsdienstleister) informierte 2005 über ihr neues Kompetenz- und Entwicklungszentrum in Wiesbaden - [weitere Arbeitsplätze seien in Planung](#)
- Der Automobilzulieferer BERU baut ab Juli 2005 sein Forschungs- und Entwicklungszentrum in Ludwigsburg aus (Quelle: YAHOO)
- Bei STIHL (Motorsägen) fand 2003 der Spatenstich für das neue Entwicklungszentrum in Waiblingen-Neustadt statt. Es ist die größte Bauinvestition in der [STIHL Firmengeschichte](#) mit einem Volumen von 40 Millionen Euro
- BOSCH errichtete 2003 in Abstatt eine neues Entwicklungszentrum für Kraftfahrzeugtechnik (siehe [Geschäftsbericht 2003](#))
- FAURECIA (Automobilzulieferer, ehemals Sommer Alibert) eröffnete im September 2003 die Eröffnung eines neuen Entwicklungszentrum in Hagenbach (Quelle: all4engineers)
- Die Albis Plastic GmbH (u.a. Automobilzulieferer für Kunststoffteile mit zwei Niederlassungen in Fernost) teilte im Oktober 2004 die [Errichtung eines neuen Entwicklungszentrums in Deutschland](#) mit
- Die Produkte der JOHN DEERE LANDTECHNIK für den europäischen Markt werden in Mannheim entwickelt.
- Das Entwicklungszentrum der Heidelberger Druckmaschinen AG befindet sich in Deutschland. Von Verlagerungsplänen ist nichts bekannt.

Auch die aktuellen Exporterfolge wären nicht möglich, wenn die Verlagerungen von wertschöpfenden Tätigkeiten das vom Autor suggerierte Ausmaß erreicht hätten.

“Die Politik auf nationaler wie supranationaler Ebene (EU) ist nicht mehr in der Lage, regulierend einzugreifen und den Globalisierungswildwuchs einzudämmen. Was bleibt, ist hilflose Heuschrecken- oder Kapitalismus-Rhetorik à la Müntefering.”

Das wiederum ist nicht viel mehr als eine hilflos anmutende Pauschalisierung, welche die Unterschiede zwischen den entwickelten Ländern ignoriert und die nationalen Handlungsspielräume unterbewertet.

“75 Prozent aller Notebooks kommen aus Fabriken der unbekannten Firma Quanta, gleichfalls das gesamte Design für Kunden von Dell, HP, IBM.”

Eine Massen-Handelsware wie der vor über zehn Jahren auf dem Markt erschienene (wenn auch natürlich weiterentwickelte) Laptop ist nun wirklich kein gutes Beispiel, um die Innovationskraft von Volkswirtschaften zu vergleichen. (Dessen wichtigste Komponente, der Prozessor, stammt übrigens von Intel oder AMD. Und einer der weltgrößten Flachbildschirmhersteller ist LG Philips LCD, ein Joint Venture, an dem Philips und LG Electronics zu gleichen Teilen beteiligt sind).

“In der deutschen Autoindustrie hat indes ein Umdenken eingesetzt, weil die ins Ausland delegierten Randkompetenzen von gestern plötzlich als die Kernkompetenzen von morgen begriffen werden. So haben mehrere Produzenten wieder eigene Elektronikabteilungen aufgebaut, weil ihnen sonst das Know How für das Auto der Zukunft fehlen könnte.”

Das ist auch kein allzu erhellender Abschnitt, denn die Automobilhersteller tun dies natürlich nicht, um Standardaufgaben (z.B. die Programmierung einer Motorsteuerung gemäß vorgegebenen Zündzeitpunkt-Kennfeldern) in Zukunft wieder selbst zu erledigen. Solche einfachen Aufgaben werden ausgelagert bleiben. Hier geht es darum, genügend Know How im eigenen Haus zu halten, um den Trend zur Mechatronik (der Verbindung von Mechanik und Elektronik) selbst zu beeinflussen und nicht auf die Angebote der Zulieferer angewiesen zu sein. Ein Beispiel dafür ist das neue Bedienkonzept von BMW mit einem zentralen, runden Knopf für alle wesentlichen Komfort-Funktionen wie Klima, Radio, Navigation etc.. Solche Entwicklungen erfordern die Zusammenarbeit vieler Abteilungen (z.B. auch der Ergonomie) und machen das Endprodukt vom Wettbewerb unterscheidbar. Das kann man nur schwer verlagern, und darum bleiben diese Aufgaben im Stammhaus.

Den Handel mit Commodities (incl. Dienstleistungen dieser Kategorie, dann Outsourcing genannt) kann man grundsätzlich nicht verhindern. Insourcing wird es dort geben, wo es nötig ist, um neue Produkte zu entwickeln. Wir werden uns also an beides gewöhnen müssen.

Ein Leser der NachDenkSeiten wies uns darauf hin, dass die Autoren Kinkel und Lay vom Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, welches sich als einziges Institut systematisch mit dem Thema Verlagerung beschäftigt, für den Zeitraum zwischen

2001 und 2003 auf volkswirtschaftlicher Ebene eine positive Bilanz der Beschäftigungswirkungen von Produktionsverlagerungen gezogen haben. Kostengetriebene Produktionsverlagerungen hätten zwar einen negativen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung, würden aber von anderen Faktoren wie z. B. der Umsatzentwicklung oder dem Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Umsatz überlagert.

Neuere Untersuchungen stehen noch aus. Die Entwicklung des deutschen Außenbeitrags (Exporte minus importierte Vorleistungen) deutet allerdings darauf hin, dass sich daran nichts wesentliches geändert hat.

Das Thema könnte mit weniger Angststarre diskutiert werden, wenn eine expansivere Geld- und Fiskalpolitik das Wachstum stärken und so für mehr Jobs sorgen würde. Dann würde nämlich so manche der Verlagerungsdrohungen ausbleiben, mit denen wir uns heute herum zu schlagen haben. Dass der Freitag-Autor Wolfgang Müller mitten in dieser Auseinandersetzung steht und unmittelbarer Zeuge menschlicher Bedrängnis und sicher auch mancher echten Bedrohung von Existenzen ist, entschuldigt viel von den etwas vergrößernden und, wie wir meinen, übertreibenden Feststellungen. Wir sehen auch Probleme, aber man wird sie nicht lösen und eindämmen, wenn man übertreibt und einzelne Entwicklungen zum unabwendbaren Trend erklärt.

In diesem Sinne argumentiert auch Heiner Flassbeck, den wir auf den Freitag-Artikel von Wolfgang Müller aufmerksam gemacht haben:

„Das ist der übliche Alarmismus, der gerade in Deutschland als dem Hauptgewinner der Globalisierung in den letzten zehn Jahren vollkommen unangebracht ist. Bei 120 Mrd. Dollar Leistungsbilanzüberschuss gewinnen wir per saldo so viele Arbeitsplätze durch den Aussenhandel, dass die paar Verlagerungen im Saldo überhaupt nicht zu Buche schlagen. Das wird nur immer schlicht unterschlagen: Wieviele Arbeitsplätze hat Deutschland nur im letzten Jahr durch Aussenhandel gewonnen?

Wir sollten uns immer bewusst sein, dass Deutschland im Grunde glänzend dasteht. Wenn wir heute zu einer normalen Lohnpolitik zurückkehren würden und den staatlichen Schwachsinn (einschliesslich Geldpolitik) einstellen, könnten wir viele Jahre hohe Wachstumsraten und boomende Beschäftigung haben und kein Mensch würde über Verlagerungen reden.

Was gefährlich ist: Bei uns gibt es eine zunehmende Tendenz, Protektionismus zu predigen. Das ist zwar angesichts der deutschen beggar-thy-neighbour Politik vollkommen absurd, lenkt aber doch auf angenehme Weise vom eigenen Versagen ab.“